

Bundestagsrede 2030

## Die Rede – Mehr als eine Vision

*Anlässlich der verfassungsändernden Parlamentssitzung vom 28. Februar 2030 wird das Wort der Vertreterin einer Partei erteilt, die heute noch unbekannt ist. Der einzige Tagesordnungspunkt: Änderung der Verfassung.*

Sehr geehrte Frau Bundestagspräsidentin, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Regierung und Kolleginnen und Kollegen der Opposition!

Heute stehen wir an einem Wendepunkt unserer Geschichte, an einem Tag, der nicht nur für uns hier im Saal, sondern für die Zukunft unserer Demokratie von größter Bedeutung ist. Fünf lange Jahre hat es gedauert, um Sie und unsere Gesellschaft von der dringlichen Notwendigkeit zu überzeugen, unser Regierungssystem zu modernisieren. Statt einer Revolution haben wir uns gemeinsam für die Evolution unserer Demokratie entschieden, ganz im Sinne von Charles de Montesquieus Theorie der Gewaltenteilung. <sup>c</sup>Erinnern wir uns daran, dass die Gewalten sich gegenseitig im Gleichgewicht halten sollen, damit keine Machtmonopole entstehen.

«Der Kern unserer Demokratien wurde seit 1748 nicht mehr weiterentwickelt!»

Als wir als politische Neulinge unseren Weg begannen, stellten wir uns die Frage, warum der Kern unserer westlichen Demokratiesysteme seit 1748 nicht wesentlich weiterentwickelt wurde. Mit unserer Vision, das modernste Demokratiesystem der Welt zu schaffen, betraten wir die politische Bühne und wurden kritisch beäugt. Damals war die Stimmung so aufgeheizt, dass jeder, der es wagte, das System zu hinterfragen, als regierungsfeindlich oder als Gegner der Demokratie eingestuft wurde. Man wurde ohne Zögern stigmatisiert oder öffentlich an den Pranger gestellt. Es war eine Zeit, in der unterschiedliche Vorstellungen von Demokratie aufeinanderprallten und viele ihren schleichenden Abbau hinnahmen, ohne aufzubegehren oder die drängenden Fragen zu stellen, die längst überfällig waren. Wir aber wollten uns mit aller Kraft gegen diesen Trend und die zunehmende Autokratisierung stellen. Unsere Mission war klar: „Nie wieder Autokratie!“

«Die Entkopplung von Politik und Gesellschaft ist der Super-GAU für jedes Demokratiesystem!»

Meine Damen und Herren, Montesquieu konnte nicht ahnen, dass unsere Demokratien, so robust sie auch scheinen mögen, vor eine Herausforderung gestellt würden, die er so nicht vorhersehen konnte: die schleichende Entfremdung zwischen Politik und Gesell-

schaft, das wachsende Misstrauen und die zunehmende Frustration der Bürger, die sich immer weniger gehört fühlen. Rettungsversuche mündeten in einen politischen Flickenteppich, der selbst Ihnen hier im Saal zu bunt geworden ist. Das Regieren wurde in vielen Bundesländern nahezu unmöglich und im Bund sah es nicht besser aus. Die sogenannte Brandmauer, die dazu dienen sollte, den Extremismus einzudämmen, erwies sich nicht nur als wirkungslos, sondern fungierte vielmehr als Brandbeschleuniger.

Die wiederholten Ausrufe von Notlagen waren nichts weiter als verzweifelte Versuche, ein Feuer zu löschen, das man selbst gelegt hatte. Politische Einsichten oder Konsequenzen waren Fehlanzeige. Diese desolote Situation war das Ergebnis langjähriger Entkopplung von Politik und Bürger und der Nachlässigkeit unserer Gesellschaft, frühzeitig gegen diese Entwicklung vorzugehen. Notwendige Reformen des demokratischen Regelwerks wurden trotz Wahlen nicht umgesetzt und offensichtliches Fehlverhalten nicht geahndet. Der daraus entstandene Vertrauensverlust war verheerend und die Zustimmungswerte für unsere Demokratie sanken gefährlich. Doch statt die Ursachen des schleichenden Prozesses anzugehen, wurden die Krankheitssymptome genutzt, um gegen das System zu arbeiten.

Wir stehen heute hier, weil wir uns einer gefährlichen Entwicklung gestellt haben. Einer Entwicklung, die nicht nur unsere Demokratie untergräbt, sondern sie für alle sichtbar bekämpft. Autokratische Strukturen wurden wieder als ernstzunehmende „Lösungen“ angesehen. Ängste wurden leichtfertig geschürt, Chaos herbeigeredet oder gar provoziert – mit einem klaren Ziel: das Vertrauen der Menschen in unser demokratisches System zu erschüttern. Dabei wissen wir doch alle, wohin das führt!

c

Angst und Spaltung sind effektive Werkzeuge, um autokratisches Handeln zu rechtfertigen. Sie versuchen, uns den Glauben an das Gemeinwohl, an die Vielfalt, an die Freiheit zu nehmen. Wir sehen täglich wie die Kompromittierung von Kultur, Medien und auch der Justiz vorangetrieben wird. Alles Entwicklungen, die wir auf der ganzen Welt beobachten – ob in Brasilien, Ungarn, Polen, der Türkei, in den Niederlanden, Frankreich, Italien, England, den USA oder Israel. Und eben auch hier, in unserem eigenen Land. Wir sind Zeitzeugen einer Entwicklung, bei der niemand behaupten kann, er habe es nicht kommen sehen.

**«Keine Demokratie übersteht auf Dauer die Spaltung der Gesellschaft!»**

Meine Damen und Herren, jeder von uns wusste es. Die Demokratie muss weiterentwickelt werden. Doch es geschah ... nichts! Trotz weitsichtiger Warnungen angesehener Vertreter aus Philosophie, Wissenschaft und Politik, die nicht nur die Ursachen kannten, sondern auch um die katastrophalen Folgen wussten, blieben die Parteien stur und die Gesellschaft schwach. Neue Konzepte für eine bessere Demokratie drangen kaum durch, waren untauglich, wurden blockiert, verzögert oder so lange zermürbt, bis sie kaum noch zu erkennen waren. Offensichtlich hatten Sie alle, wie Sie hier sitzen, keinerlei Interesse daran, sich ernsthaft mit diesem Thema auseinanderzusetzen.

Es war eine besonders perfide Methode, wie Sie um jeden Preis versucht haben, an der Macht zu bleiben, ohne Ihr eigenes Regierungssystem auch nur im Geringsten an die Bedürfnisse unserer Gesellschaft anzupassen. Man erklärte sich selbst zur Volkspartei – egal, wo man politisch stand – und nistete sich ein in einer Koalition der sogenannten Mitte. Klar, vor Extremismus wurde stets gewarnt und man rief zur Wahl auf. Aber zur Gefahr für das Land wurde stigmatisiert, wer diesem Aufruf nicht folgte. Ängste wurden bewusst geschürt, damit jene, die unsere Demokratieschwäche zu verantworten haben, trotzdem wiedergewählt wurden. Es ist Zeit, diese Wahrheit auszusprechen.

Politischer Stillstand durch politische Mutlosigkeit war über Jahre hinweg eine beliebte Strategie zur Machterhaltung, um nicht kalkulierbaren Risiken aus dem Weg zu gehen. Bitter notwendige Reformen wurden somit versäumt. Nicht länger dürfen wir zulassen, dass parteipolitische Machtspiele die Weiterentwicklung unserer Demokratie behindern. Es hat zu lange gedauert, bis Sie begriffen haben, dass Ihr Verhalten den Aufstieg extremistischer Parteien erst befeuerte. Die Entkopplung von Politik und Gesellschaft wurde plötzlich zur Gefahr für jene, die jahrelang davon profitierten.

Nichtwähler oder Protestwähler waren schon damals kein Zufall, keine Randerscheinung. Sie waren das grelle, unübersehbare Warnsignal! Ein Zeichen eines viel tiefer liegenden, fehlgeleiteten Demokratieverständnisses, das wir – das Sie – viel zu lange ignoriert haben. Doch was haben Sie getan? Statt ihnen zuzuhören, wurde ihr Verhalten als undemokratisch abgestempelt! Sie haben den dringend notwendigen Diskurs im Keim erstickt. Aber das, meine Damen und Herren, konnte nicht ewig so weitergehen! Erst als Ihnen bewusst wurde, dass der stetige Verlust Ihrer Wählerschaft – ich spreche von den etablierten Parteien – unaufhaltsam wurde und sich zu einem ernsthaften Problem entwickelte, mussten Sie handeln. Nicht aus Einsicht, sondern aus purer Notwendigkeit.

**«Ohne Weiterentwicklung ist Wählen keine Bürgerpflicht, sondern der gesellschaftliche Bankrott!»**

Die Wahldesaster in Ostdeutschland und das Überschwappen auf die anderen Bundesländer öffnete viele Augen. Das eigene Politikverständnis war ein Auslaufmodell und das Anpassen der Programmatik brachte keinen Erfolg, denn man war nicht mehr das Original, sondern rannte den extremen Parteien hinterher. Erst als Sie das erkannten, haben Sie begonnen, auf unser Konzept der weiterentwickelten Demokratie einzugehen. Sie erkannten darin Ihre einzige Chance, den Vormarsch radikaler Parteien zu stoppen. In der Not frisst der Teufel Fliegen. Und so war es! Sie mussten begreifen, dass der bloße Machterhalt kein tragfähiges Fundament mehr ist. Er war es nie! Ob es Ihnen gefällt oder nicht: Es war an der Zeit zu akzeptieren, dass Nicht-, Weiß- und Protestwähler aus einem verdammt guten Grund so handeln. Sie sind keine unbedeutende Randerscheinung, sie sind die leisen und zugleich lautesten Kritiker unserer verstaubten politischen Strukturen. Und jetzt ist es Ihre Pflicht – ja, Ihre moralische Verantwortung – endlich auf diese Menschen zu reagieren, da diese längst zur größten Fraktion im Land aufgestiegen sind!

Die Gesellschaft war müde geworden, sich einzubringen, da Wahlen keine Besserung herbeiführten, es immer alles beim Alten blieb. Das Gefühl griff um sich, dass es keinen Unterschied machte, ob man wählte oder nicht. Der Reformstau war so offensichtlich, er wurde beinahe greifbar. Wir konnten nicht länger zusehen. Wir haben reagiert, denn wir wussten: Wenn wir die Demokratie nicht erneuern und sie resilienter machen, werden wir gemeinsam scheitern. Es ist nicht genug, alle vier Jahre zur Wahl zu gehen. Es ist nicht genug, wenn die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger nach der Wahl verstummen und Konsequenzen während der Legislaturperiode ausbleiben.

**«Das Versagen der politischen Kontrolle ist der Grund, die Vierte Gewalt neu zu denken!»**

Früher gab es einen Kodex, der an das politische Gewissen und Verantwortungsgefühl appellierte. Wo sind diese Tugenden geblieben? Politisches Fehlverhalten wurde nicht mehr rechtzeitig erkannt, geschweige denn angemessen geahndet. Die Regierung, das Parlament, gesellschaftliche Institutionen, selbst die relevanten Medien als sogenannte Vierte Gewalt – sie alle schauten weg oder wurden zahnlos. Die Interessenskonflikte in unserem politischen System blieben ungelöst. Es war, als hätte man das Grundgesetz in Stein gemeißelt und für unantastbar erklärt. Doch genau das war der Fehler: Nichts ist unantastbar, wenn es der Demokratie im Wege steht! Das zu erkennen, war der erste Schritt zur Frage: Wie kann die Gewaltenteilung neu organisiert werden? Die Modernisierung unserer Demokratie war endlich kein Randthema mehr. Sondern in den Köpfen und der Politik angekommen.

Wir haben unser Konzept auf einem einfachen Ursache-Wirkungs-Prinzip aufgebaut: Vertrauen kann nur durch Kontrolle wiederhergestellt werden. Verlorenes Vertrauen kann nur derjenige zurückgewinnen, der selbst unmittelbar und prüfend eingreifen kann. Die Gesellschaft übernimmt somit eine zentrale Rolle zwischen Erkenntnisgewinn und Problembewältigung. Aber: Es handelt sich hierbei nicht um Gestaltungsmacht, sondern um Kontrollgewalt. Diese Unterscheidung ist wesentlich, um die Grundarchitektur unseres indirekten Demokratiesystems und die bestehende Gewaltenteilung nicht zu beeinträchtigen. Doch wir sind ebenso zur Überzeugung gelangt, dass eine Vierte Gewalt, entgegen früheren Ansichten, verfassungsrechtlich verankert und neu von der Zivilgesellschaft getragen werden sollte.

**«Nur mit wirkungsvoller Kontrolle über die Politik lässt sich Vertrauen zurückgewinnen!»**

Es ist von zentraler Bedeutung, die Kontrolleure selbst zu überwachen, um ihre einwandfreie Funktion sicherzustellen. Das ist keineswegs außergewöhnlich, sondern in der Wirtschaft schon lange gängige Praxis. Selbst Wirtschaftsprüfer werden durch eine unabhängige Prüfbehörde kontrolliert, was dem ganzen System spürbar mehr Sicherheit gibt. Oder nehmen Sie die Flugindustrie. Wirklich jeder Zwischenfall ist Anlass und Chance, die Fliegerei sicherer zu machen. Im Gegensatz dazu haben politische Skandale selten dazu geführt, dass das System verbessert wurde. Immer wieder hat man im

übertragenen Sinne das fehlerhafte Bauteil wieder eingebaut, still und leise, und nicht selten mit Hilfe der Opposition.

Unser Lösungskonzept sah vor, das bestehende Demokratiesystem so zu ergänzen, dass es sich durch maximale Transparenz selbstständig weiterentwickeln wird. Fehlentwicklungen in der Politik werden nun frühzeitig erkannt und den Bürgern wird die Möglichkeit gegeben, schnell und direkt mit der notwendigen Eskalationskraft einzugreifen. Nur erneuerte Demokratiestrukturen schaffen die Grundlage, um die bestehenden Vorbehalte gegenüber politischen Großprojekten wie z. B. der Einigung Europas oder anderen tiefgreifenden Reformen abzubauen. Wir suchten lange einen geeigneten Namen, der das „prüfende Hören der Zivilgesellschaft“ im Verfassungsrang widerspiegeln konnte. Dieser Name musste sprachlich und in einem Atemzug zu den bestehenden Gewalten Legislative, Exekutive und Judikative passen und die Funktion der Kontrolle betonen. Es war schließlich ein noch unverbrauchter Begriff, den wir mit neuem Inhalt füllen konnten: die Auditive.

Die Auditive soll selbstregelnd die Gewaltenteilung kontrollieren und absichern. Damit übernimmt sie die Funktion, die bislang zumindest indirekt die Medien oder der öffentliche Diskurs innehatten – die beide aber dazu schon lange nicht mehr in der Lage waren. Die Auditive basiert auf dem Steuerungsprinzip von Regelkreisläufen, um Risiken zu identifizieren und Abweichungen in geeigneter Weise zu behandeln. Durch die Verbindung ziviler Kontrolle mit dem erweiterten Rollenverständnis in Person des Bundespräsidenten, die Demokratie zu schützen und von der Gesellschaft festgestellte Missstände zu beheben, soll unser demokratisches System kontinuierlich und nachhaltig weiterentwickelt werden.

Dabei werden allgemein anerkannte gesellschaftliche Standards und Moralvorstellungen, die über Parteigrenzen hinweg gelten, als Zielgröße festgelegt und regelmäßig überprüft. Wohl gemerkt, es geht dabei nicht darum, in das politische Tagesgeschäft einzugreifen. Es geht vielmehr um das Feststellen, Empfehlen, Fristensetzen und ja, auch um die sogenannte „Eskalation“. Damit soll politisches Fehlverhalten unterbunden und frühzeitig erkannt werden. Und um der Zivilgesellschaft uneingeschränkte Prüfkompetenz zu gewährleisten, haben wir frühzeitig die verfassungsrechtliche Verankerung der Auditive gefordert. Das Herzstück der Auditive ist die zivile Prüfkammer, das sogenannte Auditorium, oder noch griffiger: der Sensor. Die Mitglieder dieser Kammer sind parteilos und werden direkt durch Los und Nennungen der Gesellschaft ermittelt. Ihre Hauptaufgaben bestehen darin, Prüffelder zu definieren, Prüfhandlungen durch Fachspezialisten zu veranlassen, die Prüfergebnisse zu beurteilen und letztlich die Beseitigung festgestellter Mängel zu verlangen. Werden diese Mängel nicht oder nur unzureichend behoben, nutzt das Auditorium sein Eskalationsrecht. Dieses ist vielseitig und effektiv in seiner Wirkung. Es umfasst die Veröffentlichung von Mängeln oder mangelnder Kooperation, das Rügen von Fehlverhalten, die Einreichung von Klagen, das Einbringen von Gesetzesvorschlägen (Gesetzesinitiativrecht) oder – als Ultima Ratio – die Empfehlung von Neuwahlen. Der Bundespräsident entscheidet, ob er diesen Empfehlungen folgt.

## «Die Auditive, das prüfende Hören der Zivilgesellschaft im Verfassungsrang!»

Die Auditive ermöglicht somit der Gesellschaft den direkten Zugang zu relevanten Informationen und Erkenntnissen, um existierende Zweifel entweder auszuräumen oder zu bestätigen. Die Auditive fördert den politischen Diskurs und beschleunigt den effektiven Informationsaustausch zwischen Politik und Gesellschaft. Vor allem in Notsituationen ist das ein großer Vorteil, ebenso sensibilisiert und mobilisiert sie damit die Gesellschaft. Auf diese Weise wird der politische Elfenbeinturm aufgebrochen sowie der Selbstreinigungsprozess und die Leistungssteigerung unseres Demokratiesystems wieder in Gang gesetzt.

«Für uns alle soll das Demokratiesystem nicht nur überleben, es soll gedeihen!»

Genau heute haben wir die Chance, das modernste Demokratiesystem der Welt in Deutschland zu etablieren, in dem Nichtwähler wieder zur Urne gehen und Protestwähler der Vergangenheit angehören. Wer sich aus der „classe politique“ dennoch dagegen entscheidet, profitiert offensichtlich vom noch aktuellen Status Quo. Die Botschaft der Wählerinnen und Wähler an uns alle ist klar und unmissverständlich: Sie wollen ihr gesellschaftliches Engagement und ihre politische Teilhabe endlich optimal umsetzen. Wer sich gegen die Auditive entscheidet, stimmt demnach gegen uns alle! Das prüfende Ohr der Zivilgesellschaft ist unsere Antwort auf die Krise des Vertrauens, an der immer mehr Demokratien zu ersticken drohen. Bringen wir also den Mut auf, aus unseren Erkenntnissen zu lernen, um den Weg für innovative Lösungen freizumachen. Die Auditive wird sicherstellen, dass unsere Demokratie nicht nur überlebt, sondern sogar gedeiht, dass die Bürger nicht nur Wähler sind, sondern aktive Hüter eines ausgewogenen partizipativen Systems.

Wenn Sie heute zur Abstimmung schreiten, denken Sie daran: Es geht nicht nur um einen weiteren Artikel im Grundgesetz. Es geht um unsere Zukunft! Wir haben die Wahl, ob wir das Fundament für eine stärkere Demokratie bauen oder zulassen, dass die Gräben in Deutschland weiter aufbrechen.

Nutzen Sie die Chance, Geschichte zu schreiben. Sie können zeigen, dass Demokratie kein starres System ist, das nur auf Krisen reagiert, sondern ein lebendiger Organismus, der den Herausforderungen der Neuzeit gewachsen ist. Heute ist wohl die größte Gelegenheit, der Welt zu beweisen, dass wir aus den Fehlern unserer Geschichte gelernt haben. Lassen Sie uns gemeinsam die Auditive ins Leben rufen, als Zeichen unserer Entschlossenheit, weiterhin in einer selbstbestimmten, freien und nachhaltigen Welt leben zu wollen. Damit „Nie wieder“ endlich gelingt!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.